

F37.04

**Satzung
über die Erhebung von Gebühren
für die Durchführung
der Brandverhütungsschau und
für sonstige brandschutz-
technische Leistungen
in der Stadt Dormagen**

vom 21.12.2022 (Fn¹),
in der Fassung der 1. Änderungssatzung
vom 18.12.2023 (Fn²)

§ 1	Vorbeugender Brandschutz.....	2
§ 2	Gebührenpflichtige Amtshandlungen.....	2
§ 3	Berechnungsgrundlage.....	3
§ 4	Gebührensschuldner.....	4
§ 5	Entstehung und Fälligkeit der Gebühr.....	4
§ 6	Inkrafttreten.....	4
	Anlage 1 / Liste der Brandverhütungs- schauobjekte.....	5
	Hinweis.....	8

Zuständig: F37 Feuerwehr/Rettungsdienst
Gefahrenabwehr und -vorbeugung
Ansprechpartnerin: Sonja Schattevoy, Telefon 02133/2571701

Aufgrund der §§ 7 und 77 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994 Seite 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV. NRW. Seite 490), aufgrund der §§ 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. 1969 Seite 712 / SGV. NRW. 610), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 19.12.2019 (GV. NRW. Seite 1029) und Aufgrund des § 52 Abs. 5 in Verbindung mit § 1 Abs. 1, § 26 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) vom 17.12.2015 (GV. NRW. 2015 Seite 886), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 23.06.2021 (GV. NRW. Seite 762) hat der Rat der Stadt Dormagen in seiner Sitzung am 13.12.2022 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Vorbeugender Brandschutz

Die Feuerwehr der Stadt Dormagen nimmt die Aufgaben des vorbeugenden Brandschutzes gem. Brandschutz-, Hilfeleistungs-, Katastrophenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (BHKG NRW) wahr.

§ 2 Gebührenpflichtige Amtshandlungen

(1) Gebührenpflichtig sind die Leistungen:

- a) zur Durchführung der Brandverhütungsschauen einschließlich deren Vor- und Nachbereitung. Dies gilt auch in den Fällen, in denen die für die Brandverhütungsschau zuständige Dienststelle an Prüfungen der Bauaufsichtsbehörde beteiligt ist und dabei zugleich eine Brandverhütungsschau vornimmt. Der Zweck der Brandverhütungsschau ergibt sich aus § 26 BHKG NRW. Die Fristen der Brandverhütungsschau werden auf Basis des § 26 Abs.1 BHKG NRW, in Abwägung des Risikos eines Objektes bzw. einer Objektart, durch die Feuerwehr Dormagen nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt. Als anerkannte Regel wird hierzu die Objekt- und Fristenliste des „Lenkungsausschusses Vorbeugender Brandschutz“ des Verbandes der Feuerwehren in NRW und der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren herangezogen (Anlage 1),
- b) infolge erforderlicher erneuter Brandverhütungsschau nach festgestellten Mängeln bei der Brandverhütungsschau gem. Buchstabe a),
- c) zur Durchführung einer brandschutztechnischen Begehung und deren Vor- und Nacharbeitung eines Objektes, das nicht der Brandverhütungsschulpflicht unterliegt bzw. nicht in der Anlage 1 enthalten ist, aber vom Betreiber/Eigentümer des Objektes beantragt worden ist,

- d) auf dem Gebiet des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes außerhalb des Baugenehmigungsverfahrens, die mündlich oder schriftlich beantragt wurden und mit der Anfertigung einer gutachtlichen Stellungnahme, eines Brandschutzgutachtens oder eines Brandschutzkonzeptes zu einem definierten Objekt verbunden sind,
 - e) einer Aufschaltüberprüfung bei Inbetriebnahme, Änderung oder Erweiterung einer Brandmeldeanlage oder infolge eines Einzeltermins aus besonderem Anlass (z.B. Wiederholungsprüfung),
 - f) einer Inbetriebnahme eines Feuerwehrschränke (FSD) oder infolge eines Einzeltermins aus besonderem Anlass (z.B. Wiederholungsprüfung, Schlüsseltausch),
 - g) einer jährlichen Überprüfung eines FSD ab dem 1. Kalenderjahr nach Inbetriebnahme pro Jahr und FSD,
 - h) zur Mitwirkung bei der Erstellung und der Überprüfung der Feuerwehr-, Einsatz- und Sonderschutzpläne, betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrpläne sowie sonstigen Ausarbeitungen
oder
 - i) die von der Brandschutzdienststelle abzugebenden Stellungnahmen an staatlich anerkannte Sachverständige gem. Sachverständigen-Verordnung NRW.
- (2) Unberührt bleibt das Recht anderer Behörden, insbesondere der Bauaufsichtsbehörde, zur Erhebung von Gebühren aufgrund besonderer Vorschriften, wenn sie in eigener Zuständigkeit an der Durchführung der Brandverhütungsschau teilgenommen haben oder nach Durchführung der Brandverhütungsschau tätig geworden sind.

§3 Berechnungsgrundlage

- (1) Die Gebühren werden nach der Dauer der einzelnen Amtshandlung (einschließlich An- und Abfahrtsweg, Vor- und Nachbearbeitungszeiten) und nach der Zahl der notwendig eingesetzten Kräfte bemessen. Die Gebühren betragen 14,75 € je angefangene Viertelstunde und eingesetzter Kraft. Zur Gebühr gehören auch die Kosten für in Anspruch genommene Fremdleistungen. Bei der Bemessung der Gebühren werden zudem Umfang und Schwierigkeitsgrad der Amtshandlungen im Einzelfall berücksichtigt.
- (2) Besondere bare Auslagen, die im Zusammenhang mit der Amtshandlung entstehen, sind zu ersetzen, auch wenn eine Befreiung von der Gebühr für die Amtshandlung besteht.

- (3) Von der Erhebung der Gebühr kann abgesehen werden, soweit dies nach Lage des Einzelfalls eine unbillige Härte wäre oder aufgrund gemeindlichen Interesses gerechtfertigt wäre.
- (4) Sofern und soweit Leistungen der Umsatzsteuer unterliegen, tritt zu den festgelegten Gebühren und sonstigen Einnahmen (Entgelten) die Umsatzsteuer in der im Umsatzsteuergesetz festgelegten Höhe hinzu.

§ 4 Gebührenschuldner

Gebührensschuldner ist der Eigentümer, Besitzer oder sonstige Nutzungsberechtigte des der Brandverhütungsschau unterworfenen Objektes sowie derjenige, der eine Leistung beantragt. Mehrere Zahlungspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 5 Entstehung und Fälligkeit der Gebühr

Die Gebühr entsteht mit Abschluss der Amtshandlung. Die Gebühr wird durch Bescheid festgesetzt. Sie werden mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig, sofern im Bescheid kein späterer Zeitpunkt bestimmt ist.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Dormagen (Brandschausatzung) vom 17.12.2018 außer Kraft.

Anlage 1
Liste der Brandverhütungsschauobjekte

Ziffer	Objektart	Fristen nach Gefährdungs- grad gemäß AGBF Bund/ BHKG NRW
1	Pflege- und Betreuungsobjekte	
1.1	Krankenhäuser	3
1.2	Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen	3
1.2.1	Altenwohnheime und Einrichtungen mit Pflege- und Betreuungsleistungen, nach RL über deren bauaufsichtliche Anforderungen an den Bau und Betrieb	3
1.2.2	Einrichtungen für hilfsbedürftige minderjährige Personen (ab 9 Personen)	3
1.2.3	Einrichtungen für körperlich oder geistig behinderte Personen (ab 9 Personen)	3
1.2.4	Tageseinrichtungen für hilfsbedürftige minderjährige oder behinderte Personen (ab 20 Personen)	3
1.3	Kindergärten, -tagesstätten, -horte	3
1.4	Kindertagespflegeverbände mit mehr als 9 Kindern	3
2	Übernachtungsbetriebe	
2.1	Beherbergungsstätten mit mehr als 12 Gastbetten nach SBauVO	3
2.2	Obdachlosenunterkünfte	3
2.3	Notunterkünfte (für Asylbewerber u.a.)	3
2.4	Campingplätze nach CWVO	6
2.5	Wohnheime mit mehr als 12 Betten außerhalb der SBauVO	3

3	Versamlungsobjekte – Versamlungsstätten nach SBauVO	
3.1.1- 3.1.2	(unbesetzt)	
3.1.3	Versamlungsstätten mit Versamlungsräumen, die einzeln mehr als 200 Besucherinnen und Be- sucher fassen, sowie Versamlungsstätten mit mehreren Versamlungsräumen, die insgesamt mehr als 200 Besucherinnen und Besucher fas- sen, wenn diese gemeinsame Rettungswege ha- ben	3
3.1.4	Sportstadien, die mehr als 5.000 fassen	3
3.1.5	Versamlungsstätten im Freien mit Szenenflä- chen, deren Besucherbereich mehr als 1.000 Be- sucherinnen und Besucher fasst.	3
3.2	(unbesetzt)	
3.3	Gasträume und Räume mit Bühnen/ Szenenflä- chen/ Filmvorführungen, nicht ebenerdig, ab 50 Besucherinnen und Besucher	3
4	Unterrichtsobjekte	
4.1	Schulen nach SchulBauRL	3
4.2	Ausbildungsstätten mit Unterrichtstrakten oder Unterrichtsräumen ab 100 Personen (nicht eben- erdig: ab 50 Personen)	3
5	Hochhausobjekte	
5.1	Hochhäuser nach SBauVO	6
6	Verkaufsobjekte	
6.1	Verkaufsstätten nach SBauVO	3
6.2	(unbesetzt)	
6.3	Verkaufsstätten > 700 qm Verkaufsfläche	3
7	Verwaltungsobjekte	
7.1	Büro- und Verwaltungsgebäude mittlerer Höhe > 3000 qm Geschossfläche	6
8	Ausstellungsobjekte	
8.1	Museen	6
8.2	Messe- und Ausstellungsbauten	6
9	Garagen	
9.1	Großgaragen nach SBauVO	6
9.2	Unterirdische geschlossene Mittelgaragen > 500 qm in Verbindung zu anders genutzten Gebäu- den	6

10	Gewerbeobjekte	
10.1	Gewerbeobjekte zur Herstellung und Produktion	6
10.1.1	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend brennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße > 800 qm	6
10.1.2	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend brennbaren Stoffen, in Verbindung zu Wohngebäuden oder nicht ebenerdig, mit einer Brandabschnittsgröße > 400 qm	6
10.1.3	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend nichtbrennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße > 1.600 qm	6
10.1.4	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend nichtbrennbaren Stoffen, in Verbindung zu Wohngebäuden oder nicht ebenerdig, mit einer Brandabschnittsgröße > 800 qm	6
10.1.5- 10.1.6	(unbesetzt)	
10.2	Gewerbeobjekte zur Lagerung	6
10.2.1	(unbesetzt)	
10.2.2	Gebäude zur Lagerung überwiegend nichtbrennbarer Stoffe > 3.200 qm Lagerfläche	6
10.2.3	Gebäude zur Lagerung überwiegend nichtbrennbarer Stoffe, nicht ebenerdig, > 1.600 qm Lagerfläche	6
10.2.4	Gebäude zur Lagerung überwiegend brennbarer Stoffe > 1.600 qm Lagerfläche	6
10.2.5	Gebäude zur Lagerung überwiegend brennbarer Stoffe, nicht ebenerdig, > 800 qm Lagerfläche	6
10.2.6	Freilager für überwiegend brennbare Stoffe > 5.000 qm Lagerfläche	6
10.2.7	Hochregallager	6
10.3	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppen nach FwDV 500	6
10.3.1	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppe II A und III A nach FwDV 500	6
10.3.2	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppe II B und III B nach FwDV 500	6
10.3.3	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppe II C und III C nach FwDV 500	6
10.4	Kraftwerke und Umspannwerke	6

11	Sonderobjekte	
11.1	Besonders brandgefährdete Baudenkmäler	6
11.2	Landwirtschaftliche Betriebsgebäude > 2.000 cbm in Verbindung zu Wohngebäuden	6
11.3	Kirchen und Gebetstätten	6
11.4	Unterirdische Verkehrsanlagen	6
11.5	(unbesetzt)	
11.6	Hotel und Gaststättenschiffe	6
11.7	Bahnhöfe mit hohen Personenströmen	6
11.8	(unbesetzt)	
11.9	Flächen für die Feuerwehr außerhalb der klassifi- zierten Objekte	6
11.10	Justizvollzugsanstalten und Gebäude des Maß- regelvollzugs	3
11.11	Flughäfen	3
11.12	Sonstige Kritische Infrastrukturen	6
11.13	Sonstige Objekte nach Gefährdungsanalyse	6

Hinweis

(Fn1) Öffentlich bekanntgemacht im Rheinischen Anzeiger vom 30.12.2022.

(Fn2) § 3 Abs. 4 eingefügt durch die **1. Änderungssatzung** - Artikel I der Satzung zur Anpassung städtische Satzungen an § 2b Umsatzsteuergesetz vom 18.12.2023; öffentlich bekanntgemacht im Rheinischen Anzeiger vom 23.12.2023. In Kraft getreten am 01.01.2024.